

INTERPELLATION VON VRENI WICKY

BETREFFEND HALBJAHRESRESULTAT, FINANZ- UND INVESTITIONSPLAN

VOM 18. AUGUST 2003

Kantonsrätin Vreni Wicky, Zug, hat am 18. August 2003 folgende **Interpellation** eingereicht:

An der Kantonsratssitzung vom 26. Juni 2003 hat uns die Regierung dahin informiert, dass der mutmassliche Kantonssteuerertrag der Juristischen Personen von den budgetierten Fr. 168 000 000.-- abweicht. Die Regierung geht in ihren Schätzungen von einem Ertrag (Juristischen Personen) von Fr. 123 000 000.-- aus.

Der Totale Steuerertrag des Kantons Zug wird eine grosse Einbusse erfahren. Wiederum nach Aussagen der Regierung, werden wir lediglich mit Fr. 504 700 000.-- rechnen können - budgetiert sind aber Fr. 549 086 000.--.

Bei grosszügiger Rechnung müssen wir also mit einem Minderertrag von mindestens 40 Millionen Franken im Jahr 2003 rechnen.

Meine Fragen:

1. Die geschätzten Zahlen sind Zahlen Januar 2003 bis Juni 2003, wie sehen die Zahlen in den Monaten Juli und August aus? Haben sich die prognostizierten Schätzungen vom ersten halben Jahr weiter bewahrheitet?
2. Wenn ja! Wie und wann gedenkt die Regierung den Finanz- und Investitionsplan anzupassen? Oder bleibt der vorliegende Investitionsplan weiterhin Grundlage für weitere Investitionen unseres Kantons?
3. Im vorliegenden Finanzplan für die Jahre 2003 - 2006 wird mit einem Steuerertrag Wachstum von plus 6 % gerechnet. Wie wir heute feststellen müssen, trifft diese Steigerung nicht zu. Mit welchem Wachstum bzw. Minderertrag rechnet die Regierung für die nächsten 3 Jahre?
4. Mit wie viel Minderertrag (in Franken) aus Steuereinnahmen (als budgetiert) rechnet der Kanton für die laufende Legislatur?

5. Welche Mindereinnahmen werden bei den natürlichen Personen in Folge der schlechten Erträge bei den Juristischen Personen, (Boni Grati, gewinnabhängige Entlohnung etc.) erwartet?

Für die Kantonsratssitzung vom 28. August steht die 2. Lesung Zentralspital an. Im Hinblick auf dieses höchste je getätigte Investitionsvolumen mit enormen Folgekosten, sind genaue Aussagen der Finanzdirektion unabdingbar.
